

Breslauer



Beilage.

Nr. 335.

Dinstag den 3. Dezember

1850.

Telegraphische Depeschen der Breslauer Zeitung.

Berlin, 2. Dezember. Die Reform meldet: Bei der Olmüger Konferenz hat eine Verständigung zwischen Preußen und Oesterreich in so weit stattgefunden, daß die böhmisches und schleswig-holsteinische Angelegenheit ihre endliche Entscheidung durch die Dresdener Konferenz aller deutschen Regierungen Ende dieses Monats zu erwarten hat. Zwischen Preußen und Oesterreichische Kommissare in Schleswig und Hesse die Beilegung der Zerwürfisse gemeinschaftlich zu erreichen suchen. Hinsichtlich der schleswig-holsteinischen Angelegenheit wird einträchtiges Zusammenwirken Oesterreichs und Preußens im Stande sein, einen dem Bundesbeschlusse vom 17. Sept. 1846 angemessenen Zustand herbeizuführen.

Wien, 30. November. Frankreich hat sich erboten, 10,000 Mann zur Pacification Schleswigs zu stellen. (Deutsche Reform.)

Telegraphische Korrespondenzen

für politische Nachrichten, Fonds-Course und Produkte.

Paris, 29. Novbr., Abends 8 Uhr. In das Departement Nièvre sind zur Verhütung möglicher Unruhen, Truppen gesendet worden. — Der Antrag Cretons: Aufhebung des Exils der Bourbonen wurde von der Legislative auf drei Monate vertagt. Die Gerichte von gemeinschaftlichen Maßregeln Englands und Frankreichs in der deutschen Angelegenheit, sind unbegründet.

Paris, 29. Novbr., Nachm. 5 Uhr. 3% 56, 30. 5% 90, 80.

Liverpool, 28. November. Zwischen den Anglikanern und Papisten hat ein blutiger Konflikt stattgefunden. Das Militär hat einschreiten müssen.

Triest, 1. Dez. Gestern Silberagio 32, London 12, 50. Wochenmarktbericht: Kaffee, Rio 35 1/2—42, Domingo 38 1/2—41, Java 35—40, Havanna 42, Portoriko 43—44, Mokka 43 fl. pr. Centner. Zucker, Havanna 17—21, weiß Bahia 19—21, Baumwolle, Mato 54—58, amerikanische 55—58, Smyrnaer 42—44 pr. Ballen. Seidlicher Drangen 20 1/2—24 1/2 die Kiste. Schafwolle von Salonich 53—60, von Skutari 47 fl.

Florenz, 27. Nov. Eine Nachricht des halbamtlichen Conservatore costituzionale zu Folge ist in Rom ein freimüthiges Ministralgesetz veröffentlicht worden.

Turin, 27. Novbr. Gestern las Buoncompagni in der Sitzung die von ihm entworfene Adresse. Die Linke verlangt die Drucklegung und Diskutierung derselben. Buoncompagni wünschte deren Annahme durch Affirmation. Die Majorität sprach sich für die Diskussion aus, worauf Buoncompagni seinen Antrag nebst dem Entwurf zurückzog.

Verona, 28. Novbr. Die Abhaltung öffentlicher Vergnügensfeste zu Gunsten der Breslauer wird verboten, da dieselben politische Färbung im unitarisch-radikalen Sinne anzunehmen begannen.

Uebersicht.

Breslau, 2. Dez. Von Berlin aus verläutet man die Fortdauer des Friedens, während man bescheiden über die Bedingungen schwärzt, auf welche sich dieser kostbare Friede stützt und während man fortfährt zu rufen, welches den Frieden noch kostbarer macht. Der Minister Mantuffel traf vorigen Sonnabend Nachmittags 2 1/2 Uhr in Berlin ein und begab sich sofort nach Potsdam, wo er gegen 9 Uhr Abends zurückkehrte. Unmittelbar hierauf wohnte er einer Ministerberatung bei, welche bis gegen 11 Uhr dauerte. Gestern (am 1. Dez.) sollte eine Ministerberatung bei Sr. Maj. dem Könige stattfinden, nach deren Ausgang und die Berliner „Reform“ einige Mittheilungen über die „Friedensbedingungen“ verstreut.

Unsere Berliner SS-Korrespondenz enthält noch einige Bemerkungen über die preussisch-österreichisch-russische Konferenz zu Olmütz, aber den Abreise-Entwurf der zweiten Kammer und über die neueste Haltung Hannovers.

Am 28. November fanden in Karlsruhe sowohl in dem bayerischen als in dem preussischen Lager bedeutende Truppenbewegungen statt, die auf einen neuen Zusammenstoß schließen lassen. Obwohl die Doreizung wiederholt von Kanonendonner begleitet, den man im Rhodngebirge gehört habe, so dürfte doch wohl kein Konflikt erfolgt sein, und die Schiffe zur Streubensätze zu Ehren des Geburtstages des Königs von Bayern gewesen sein.

Auch die unter Haspenflugs Schutze in Frankfurt erscheinende Kasseler Zeitung berichtet über die durch den Kurfürsten herbeigeführte friedliche Ausgleichung der kurfürstlichen Wirren. (S. die vorgestrige Bresl. Ztg.)

Haspenflug beabsichtigt: Entschädigungs- Forderungen an Preußen für die durch preussische Truppen verursachten Schäden und Untothen zu stellen.

Nach München kam schon am 28. November durch den Telegraphen die Kunde von der friedlichen Ausgleichung in Betreff Kurheffens. Trotzdem sind neue Rekrutierungen ausgesprochen und frische Truppen nach dem Norden geschickt worden. Auf den Eisenbahnen mußte der Güter-Transport wegen dieser Truppen- Sendungen eingestellt werden. Auch ist der Prinz Euitpold zur Armee abgereist.

Die Durchmärsche preussischer Truppen durch Frankfurt dauern fort, der Rückzug der Preußen aus Baden wird erst mit dem 4. oder 5. Dezember beendet sein.

Am 27. Nov. Abends fanden zu Frankfurt wieder blutige Schlägereien zwischen Bayern und Preußen statt. Am 28. Novbr. war es ruhig.

Je fälter es in Schleswig-Holstein wird, desto wärmer werden die Vorbereitungen zum Kampfe betrieben. Sowohl gegen ein vom Süden herankommendes Exekutionsheer trifft man alle Anstalten, um ihm einen recht warmen Empfang zu bereiten, als auch gegen die im Norden stehenden Dänen bereitet man sich vor, um sie nächstenfalls endlich anzugreifen. Die Dänen scheinen von diesem bevorstehenden Angriffe schon Kunde zu haben, und haben sich für einen etwaigen Rückzug vorgesehen.

Die Wiener Zeitungen haben zwar von dem zu Olmütz geschlossenen Frieden schon Kenntniss, doch wissen sie ebenfalls über die Bedingungen nichts mit Sicherheit anzugeben. So viel berichtet der

ministerielle „Lloyd“, daß die Olmüger Beschlüsse noch einer Bestätigung Seitens der Kabinette unterliegen. In Oesterreich rüht man fort, wie in Preußen. Die „Süddeutsche Post“ führt einen in Olmütz gefassten Beschlusse an, der so schimpflich für Preußen wäre, daß wir ihn hier nicht noch einmal erwähnen wollen. Auch wird wieder Meldung von dem ministeriellen „Lloyd“ damit widerprochen, daß er sagt: davon konnte in den Konferenzen gar keine Rede sein. — In Krakau wird ein österreichisches Reserve-Korps von 30,000 Mann zusammengezogen, und in Lemberg werden 27,000 Mann Russen einrücken.

Preußen.

Berlin, 1. Dezbr. Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: dem Kapitän-Lieutenant Indebetou von der k. schwedischen Marine den rothen Adler-Orden vierter Klasse; so wie dem Kreisgerichtsboten und Exekutor Heine, Christ. Köding zu Grimmen das allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen.

§ 3 Berlin, 1. Dezbr. [Die Olmüger Konferenzen. — Der Abreise-Entwurf der zweiten Kammer. — Haltungslosigkeit des hannoverschen Ministeriums in Bezug auf die Bundes-Exekution gegen Holstein. — Der hannoversche Justizminister im Jahre 1849 und 1850.] Der Minister, Herr v. Mantuffel, ist wider Erwarten früher, als man vermuthet, nämlich gestern Mittag um 2 Uhr aus Olmütz hierher zurückgekehrt. Die ministeriellen Organe stimmen darin überein, daß sie das Resultat der Reise als ein für Preußen sehr günstiges hinstellen. Hingegen sind sie mehr oder weniger beifällig mit der Präzisierung des erlangten Resultats. Am zurückhaltendsten ist die N. Preuß. Zeitung. In ihrem gestrigen Abendblatt, das erst am Schluß die Nachricht von der Rückkehr des Ministers bringt, dementirt sie die Mittheilung der meisten hiesigen Blätter, und die auch Ihr Korrespondent Ihnen nach zuverlässiger Quelle machen zu müssen glaubte, nämlich, daß Herr v. Mantuffel schriftliche Instruktionen mitgenommen habe. Ob das Organ des Herrn v. Mantuffel ein Interesse daran hatte, das Vorhandensein schriftlicher Instruktionen in Abrede zu stellen, wird sich zeigen, sobald wir alle Spezialitäten der Olmüger Konferenz kennen werden. Aber auch jetzt schon dürfen wir jenem Dementi ein Gegenargument entgegenstellen. Es läßt sich übrigens, auch ohne faktische Gewährleistung, nicht annehmen, daß das Gesamtkabinet eines seiner Mitglieder mit einer diplomatischen Mission von solcher Wichtigkeit, wie die in Rede stehende betrauen werde, ohne die Punkte bestimmt zu präzisieren, welche besprochen und zum Gegenstand der Vereinbarung gemacht werden sollen. Aber wie gesagt, wir werden sehr bald erfahren, aus welchem Grunde schriftliche Instruktionen nicht existieren sollen. Andere Organe meinen im Allgemeinen, daß Preußens Forderungen in Beziehung auf die obbesprochenen Fragen bewilligt werden, allein über das wie verläutet nichts und das ist doch die Hauptsache. Namentlich ist es wichtig zu wissen, ob sich die beiden Mächte auch über die Propositionen verständigt, welche an die freien Konferenzen zu bringen sind. Die Deutsche Reform sagt nun überdem, daß sie sich näherer Mittheilungen enthalten müsse, bis nach beendeter Ministerarbeit, der diesen Morgen um 9 Uhr bei Sr. Majestät in Potsdam stattfindet. Aber auch gestern, gleich nach der Ankunft des Ministers, fand ein solcher Ministerrat statt. Es muß also wohl noch nicht ganz feststehen, ob das Resultat jener Reise wirklich ein so günstiges zu nennen ist. Morgen werden wir vielleicht im Stande sein, Näheres darüber zu berichten. — Die konstitutionelle Partei ist damit beschäftigt, wie ich das neulich bereits mitgeteilt, zu dem Abreise-Entwurf der Kommission ein Gegenprojekt zu entwerfen. Es wird dem Kommissionsentwurf mit Recht zum Vorwurf gemacht, daß er manchen Punkt ganz mit Still-schweigen übergeht, der durchaus besprochen sein muß, während andere Punkte zwar berührt, aber nicht mit der wünschenswerthen Klarheit präzisirt sind; noch andere Paragraphen bilden ein Echo zu den entsprechenden Paragraphen der Thronrede, die aber, gelinde gesagt, euphemistisch genannt werden müssen. Soll die Thronrede das sein, was man nach konstitutionellen Grundsätzen von ihr verlangen darf, so muß sie eben ein Rechenschaftsbericht der Regierung über ihre Akte während der Abwesenheit des Parlaments sein. Schlimm genug, wenn sie ein solches Kriterium nicht zuläßt. Das Parlament aber, wenn es in einer Adresse auf die Thronrede antwortet, soll sich zum Organ der öffentlichen Stimmung in Bezug auf die Zustände des Landes machen. Thut es dies nicht, so wird das Ganze zu einer Komödie. An dem Kommissionsentwurf ist zunächst zu tabeln, daß er nicht energisch jene geäußerten Verdächtigungen zurückweist, welche die Presse für das Attentat auf die Person Sr. Majestät verantwortlich macht, daß sie ferner nicht ihre Willkür über jene Juni-Preßordonnanzen auspricht, von denen es feststeht, daß die Majorität der Kammer sie verwerfen wird. Bedauerlich ist es ferner, daß die Kommission die pittoreske Darstellung des Handels- und Industrie-Verhältnisses, wie das Ministerium sie Sr. Majestät in den Mund gelegt, durch ihr Anerkennung bestätigt. Die Gewerbetreibenden, die Industriellen, die Schiffahrer wissen leider nichts von einer solchen Wiederbelebung, die allerdings einen Augenblick eingetreten, alsbald aber vor der haltungslosen Politik des Kabinetts gewichen. Das sind nicht Meinungen der Tagespresse, sondern traurige Wahrheiten, die man aus dem Munde der Betreffenden leicht bestätigt hören kann. Ferner beklagt es die Kommission, daß die Bemühungen der Regierung nicht vermocht haben, den deutschen Staaten eine Verfassung zu verschaffen. Es wäre sehr wohl am Orte gewesen, zu sagen, daß das preussische Ministerium mit dazu beigetragen, jene Bemühungen zu paralytisiren, ja, sie scheitern zu machen. Ebenso läßt der Paragraph über die schleswig-holsteinische Angelegenheit vermessen, daß man gegen die beabsichtigte Bundesexekution einen entscheidenden verabschiedeten Passus einsetzte. Auch der Paragraph über Kurheffen ist insofern mangelhaft, als nicht deutlich gesagt ist, daß die preussische Okkupation ein fernerer verfassungswidriges Vorgehen des Ministeriums Haspenflug zu inhibiren bestimmt sein müsse. Anekdoten muß man übrigens, daß in den Kapitalfragen eine liberale Richtung von der Kommission befolgt ist; manche Stellen würden, besser redigirt, auch eine bessere Wirkung haben. Vielleicht dient die öffentliche Diskussion dazu, dem Entwurfe die fehlende Schärfe im Aus-

druck zu geben, oder wenigstens zu den unklaren Stellen den bei solchen Dokumenten sehr wesentlichen Kommentar zu liefern. — Obwohl die Exekution in Holstein vorläufig etwas in die Ferne gerückt ist, so ist es doch wohl von Interesse, zu erfahren, wie unklar die Haltung des hannoverschen Ministeriums bei jenem Bundesbeschlusse ist. Als nämlich preussischerseits in Hannover angefragt wurde, was man dort Angesichts der vom Bunde beschlossenen Exekution zu thun gedachte, antwortete man: die hannoversche Regierung finde keine rechtlichen Gründe, sich jener Exekution zu widersetzen, sie selbst aber würde nicht daran Theil nehmen, sei jedoch bereit, als Reserve zur Bundesarmee, ein Observationskorps von 2000 Mann an der nördlichen Grenze aufzustellen; an dem Exekutionszuge selbst würde sie sich nur dann betheiligen, wenn sämtliche übrigen Bundesstaaten ihre Kontingente dazu sendeten. Meinte sich, wer da kann, diese Widersprüche zusammen. — Zum Schluß noch ein Kuriosum, das in den heutigen Zeiten auch sein Interesse hat. Durch Zufall nämlich kam uns in diesen Tagen ein Programm zu Gesicht, am 25. Juni 1849 von den Wählern in Celle aufgestellt. Die Unterzeichner des Programms erklären sich darin mit der Unionsverfassung vorläufig einverstanden, nur das Wahlgesetz ist ihnen nicht freisinnig genug, sie hoffen vom Erfurter Reichstage, daß er die Mängel beseitigen werde. Der Schluß des Programms lautet wie folgt: „Es soll nicht der alte Bundesstag, nicht das alte Regiment mit seiner Bevormundungswirtschaft und Willkür zurückgeführt werden; sondern wir, im Verein mit allen Gutsgefinnten, kräftig entgegen-treten.“ Dies Programm trägt unter anderen Unterschriften aus folgende: v. Köffing, Oberappellationsgerichtsrath. Und heute ist Hr. v. Köffing Justizminister des Königreichs Hannover.

Berlin, 1. Dezember. Einer dem Reichs-Rathsbericht des Finanzministers über die Staats-Einnahmen und Ausgaben pro 1849 beigefügten Uebersicht über das Vermögen des Staatsschatzes beim Finalabschlusse pro 1849 entnehmen wir die Thatsache, daß der Staatsschatz nach geschehener Verwendung der aus demselben mit 3 Millionen und 1 Million Thalern gewährten Zuschüsse noch ein Vermögen von 3,857,493 Thalern besaß, wovon im Jahre 1849 noch 1 Million für die Diskontokassen und 685,000 Rthl. für die Ausgaben der Generalbankasse vorgeschossen waren, die jedoch im Laufe dieses Jahres bis auf den Betrag von 80,000 Thalern, der noch für die Diskontokassen aussteht, an den Staatsschatz zurückgezahlt worden sind. An ausstehenden Aktivkapitalien besaß der Staatsschatz beim Schlusse des Jahres 1849 die Summe von 4,571,010 Thalern.

Das Gesamtresultat des Rechenschaftsberichts geht dahin, daß die Ausgaben, einschließlich der Ausgabenreste, die bis zum Jahreschlusse 1849 erhobenen Einnahmestücke um 10,522,828 Thaler überstiegen haben, und da unter den wirklichen Einnahmen bereits 10,490,014 Thaler an außerordentlichen Hülfsmitteln enthalten sind (von welchen 5,608,000 Thaler bereits im Etat pro 1849 ausgebracht und 4,882,014 Thaler über den Voranschlag zur Einnahme gestellt sind), so weisen die laufenden Jahreseinnahmen zur Zeit gegen den Ausgabebedarf ein Defizit von 21,012,842 Thalern nach. Es haben nämlich, nach Ausföndung der durchlaufenden Einnahme- und Ausgabe-posten, die Ausgaben, einschließlich der Ausgabe-reste überhanpt 104,760,816 Thaler, die etatsmäßigen Jahreseinnahmen 83,747,974 Thaler betragen, so daß sich ein Defizit von 21,012,842 Thalern ergibt, welches indeß bis zum Schlusse des laufenden Jahres theils durch die nachträgliche Einziehung der Einnahmerückstände von 831,810 Thalern, theils durch die an den Restausgaben von 10,351,203 Thalern zu erzielenden Ersparnisse noch vermindert haben dürfte. Dem Defizit steht gegenüber ein um mehr als 2 Millionen Thalern erhöhtes Guthaben der Staatskasse an kreditsetzten Zinsen und Steuern und wegen der in gewöhnlicher Weise fortgesetzten Tilgung, eine Verminderung der älteren Staatsschulden, um mehr als 2 1/2 Millionen Thaler. (C. B.)

§ 6 Entwurf über Verantwortlichkeit der Minister. Der zweiten Kammer ist so eben der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Fälle der Verantwortlichkeit, in welchen Minister durch die Kammern angeklagt werden können, das dabei zu beobachtende Verfahren und die zur Anwendung kommenden Strafen, vorgelegt worden. Der wesentliche Inhalt des Entwurfs lautet:

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen u. s. w., verordnen mit Zustimmung beider Kammern, was folgt: Erstes Abchnitt. Fälle der strafrechtlichen Verantwortlichkeit der Minister und Staatsbeamten. § 1. Jede der beiden Kammern kann gegen die Minister wegen des Verbrechens der Verfassungsverletzung, der Verletzung oder des Verrathes Anklage erheben. § 2. Das Verbrechen der Verfassungsverletzung wird von einem Minister begangen durch jede der Verfassung zuwiderlaufende Handlung oder Unterlassung, deren Verfassungswidrigkeit dem Schuldigen bekannt war, oder nicht ohne kein großes Verbrechen entgegen konnte. § 3. Das Verbrechen der Verletzung ist vorhanden: 1) in den durch das Strafgesetzbuch vorgesehenen Fällen, 2) wenn ein Minister von einer auswärtigen Regierung Gesandte oder andere Vortheile annimmt, fordert oder sich versprechen läßt. Die von dem Könige gestattete Annahme von Ehrenzeichen und Auszeichnungen fällt nicht unter diese Bestimmung. § 4. Das Verbrechen des Verrathes umfaßt die Verbrechen des Hochverraths und des Landesverrathes; es ist selbst wenn die Merkmale dieser Verbrechen nicht vorliegen, vorhanden, wenn ein Minister irgend eine Handlung, welche geeignet ist, die innere Sicherheit des Staates zu gefährden, oder den Staat im Verhältniß zu auswärtigen Mächten zu benachtheiligen, in beständiger Absicht vornimmt. Unter den Handlungen sind pflichtwidrige Unterlassungen einbezogen. § 5. Rührt das Verbrechen unter ein bestimmtes Strafgesetz, so kommt dieses zur Anwendung. Ist es durch ein Strafgesetz nicht vorgesehen, so wird eine der zu den geschilderten Straftaten gehörenden Strafen verhängt, welche zu der Verurtheilung in einem gerechten Verhältnisse steht; auf Zuchthaus oder eine höhere Strafe darf jedoch in diesen Fällen nicht erkannt, und als Freiheitsstrafe nur Festungshaft verhängt werden. Jede Verurtheilung hat den Verlust des Amtes kraft des Gesetzes zur Folge.

Zweiter Abchnitt. Von dem Verfahren in den Kammern bei Anklagen gegen die Minister. § 6. Minister, welche nicht mehr im Amte sind, bleiben hinsichtlich der von ihnen als Minister begangenen strafbaren Handlungen den Bestimmungen dieses Gesetzes unterworfen, wenn die Verurteilung vor dem Schlusse ihrer Amtsperiode aus dem Amte folgenden Kammerverfassung eingeleitet wird. In dem entgegengelegten Falle findet wegen Verfassungsverletzung eine Verurteilung nicht mehr statt; wegen Verletzung oder Verrathes kann

sie nur nach den gemeinen Strafgesetzen und vor den gewöhnlichen Gerichten eintreten. § 7. Der Antrag auf Anklage eines Ministers muß schriftlich eingebracht werden und in der ersten Kammer wenigstens von fünfzehn, in der zweiten wenigstens von fünfzig Mitgliedern unterzeichnet sein. Der Antrag muß eine genaue Bezeichnung der Thatfachen, welche dem Minister zur Last gelegt werden, und der Gesetze enthalten, welche die Strafbarkeit der Handlung und die Zuständigkeit der Kammer zur Erhebung der Anklage begründen. § 8. Der Präsident der Kammer verfügt die sofortige Mittheilung des Antrages an den betreffenden Minister und bestimmt, unter Freibestellung von wenigstens acht Tagen nach der Sitzung, an welchem der Antrag auf die Tagesordnung kommen soll. Die Verhandlung an dem bestimmten Tage, bei welcher der Minister auf Verlangen jeder Zeit gehört werden muß, beschränkt sich darauf, ob die Kammer zur Tagesordnung übergeben, oder den Antrag an einen Ausschuss verweisen will. § 11. Der Minister kann freiwillig oder auf Veranlassung des Ausschusses persönlich vor demselben erscheinen und Ausklärungen geben; er kann auch solche Erklärungen, so wie die betreffenden Urkunden schriftlich dem Ausschusse einreichen. Wider seinen Willen ist der Minister vor dem Ausschusse zu erscheinen oder demselben Erklärungen abzugeben nicht verpflichtet. § 12. Der Ausschuss erstattet, nach Beendigung der ihm obliegenden vorbereitenden Handlungen, der Kammer Bericht, unter Anführung der verschiedenen Meinungen und der Gründe derselben. § 13. Der Präsident der Kammer verfügt die sofortige Mittheilung des Berichtes an den Minister und bestimmt, unter Freibestellung von wenigstens acht Tagen nach der Sitzung, an welchem die Sache auf die Tagesordnung kommen soll. § 14. Bei der Verhandlung muß der Minister, gegen welchen der Antrag auf Anklage angebracht worden ist, auf sein Verlangen gehört, und ihm das letzte Wort gewährt werden. § 17. Wenn die Kammer die Erhebung der Anklage beschließt, so wählt sie fünf ihrer Mitglieder zu Kommissarien, um die Anklageschrift abzufassen und die Anklage zu verfolgen. Die Kammer hat das Recht, den Kommissarien Anweisungen zu geben und die Personen derselben zu jeder Zeit zu wechseln. Unmittelbare und mittelbare Staatsbeamte, welche zum Nothfall des betreffenden Ministers gehören, können nicht zu Kommissarien gewählt werden. § 18. Der auf die Anklage gerichtete und die Anklagepunkte festsetzende Beschluß der Kammer und die von den Kommissarien gefertigte Anklageschrift, wird nebst den Akten des Ausschusses und den etwaigen sonstigen, auf die Anklage bezüglichen Akten durch den Präsidenten der Kammer dem ersten Präsidenten des Ober-Tribunals übersandt. Zugleich werden demselben die Kommissarien zur Verfolgung der Anklage (§ 17) angezeigt. § 20. Der Prozeß wird durch die Vertagung der Kammern oder durch die Schließung ihrer Sitzungs-Periode nicht stillt, wenn die eine oder die andere nach Mittheilung des Beschlusses in Gemäßheit des § 18 erfolgt. In der Zwischenzeit und bis zur Beendigung des Prozesses stehen die Kommissarien unter dem Schutze des Art. 84 der Verfassungs-Urkunde. § 21. Wenn während des Prozesses die Legislatur-Periode der Kammer, welche die Anklage zugelaufen hat, abläuft, oder wenn dieselbe aufgelöst wird, so ist der Prozeß in der Lage, in welcher er sich gerade befindet, abzubrechen und bis zum Wiederzukommen der Kammer zu sistiren. Der erste Präsident des Ober-Tribunals hat nach Konstituierung der neuen Kammer dem Präsidenten derselben sofort über die Lage der Verhandlungen Mittheilung zu machen und die Befehle von Kommissarien anheimzugeben. Geschieht dieselbe nicht binnen vier Wochen von dem Tage an gerechnet, an welchem die Konstituierung der Kammer erfolgt, so wird die Anklage für zurückgenommen erachtet.

Dritter Abchnitt. Von dem Verfahren vor dem Ober-Tribunale. § 24. Sobald die Mittheilung der im § 18 erwähnten Aktenstücke erfolgt ist, tritt das Ober-Tribunal in vereinigten Senat als Gerichtshof über die gegen Minister gerichteten Anklagen in Wirksamkeit. § 25. Die nicht etatsmäßigen Mitglieder des Ober-Tribunals und diejenigen, welche erst nach der im § 9 erwähnten Verweisung an einen Ausschuss ernannt sind, nehmen an der Verhandlung und Entscheidung keinen Theil. Dasselbe gilt von denjenigen Mitgliedern des Gerichtshofes, welche zur Zeit der beschlossenen Erhebung der Anklage (§ 15) Mitglieder der Kammer waren, von der die Anklage ausgegangen ist. Das Obertribunal kann nicht zu Gericht sitzen wenn nicht wenigstens zwei Drittel der hienach zur Mitwirkung berufenen Mitglieder anwesend sind. § 26. Der erste Präsident des Gerichtshofes erläßt gleich nach Eingang der Aktenstücke einen Eröffnungs- oder einen Vorberufungsbescheid gegen den Angeklagten und verbietet demselben, nach dem Verhöre erstattet die Verurtheilung des Angeklagten beschließen kann. Der Gerichtshof kann anordnen, daß eine schriftliche Voruntersuchung stattfinden, oder daß die statutenmäßige ergänzt werden soll. Die aufgenommenen Verhandlungen müssen vor Eröffnung der mündlichen Hauptverhandlung sowohl dem Angeklagten als den Kommissarien der Kammer mitgetheilt werden. § 27. Der Sitzungstag des Ober-Tribunals Hauptverhandlung wird von dem ersten Präsidenten des Ober-Tribunals festgesetzt, und sowohl dem Angeklagten, als den Kommissarien der Kammer wenigstens acht Tage vorher bekannt gemacht. § 28. Die Verhandlungen der Staatsanwaltschaft werden, insofern sie die Aufrechterhaltung der Anklage betreffen, von den Kommissarien der Kammer wahrgenommen, welche beauftragt sind, einen oder zwei aus ihrer Mitte damit zu beauftragen. Ist die andere Kammer betheiligte, so kann dieselbe zwei Kommissarien beordern. Die Staatsanwaltschaft bei dem Ober-Tribunale befaßt gleich wohl das Recht, alle Anträge zu stellen, welche die Gesetzmäßigkeit des Verfahrens betreffen. Sie muß nach dem Schlusse der Verhandlungen als Vertreterin des Gesetzes gehört werden. § 29. Die Öffentlichkeit der Verhandlungen kann nur ausgeschlossen werden, wenn die Staatsanwaltschaft bei dem Ober-Tribunale, unter Vorlegung eines hierauf gerichteten ausdrücklichen Beschlusses des Justiz-Ministers, darauf anträgt, um die Veröffentlichung von Staatsgeheimnissen zu verhindern. Die Verhandlung hierüber erfolgt in geheimer Sitzung in Gegenwart der Kommissarien der Kammern und des Angeklagten, welche auf ihr Verlangen gehört werden müssen. § 31. Die Einlegung des Ober-Tribunals ist einem Rechtsmittel nicht unterworfen. Findet in Gemäßheit der Strafprozeß-Ordnung eine Wiederannahme der Unternehmung statt, so wird auch die neue Entscheidung von dem Ober-Tribunale erlassen. § 34. Die Bestimmungen dieses Gesetzes stehen einer Verurteilung des Ministers vor den ordentlichen Gerichten wegen derjenigen Handlungen, welche auch durch die gemeinen Strafgesetze vorgehoben sind, nicht entgegen.

[An die preussischen Reichstagsmänner in Berlin.] Unter diesem Titel enthält die Königlich Preussische Zeitung folgende Ansprache: Untere preussischen Stände find versammelt. Wir hoffen, daß sie nicht bloß enge und kurze preussische Köpfe und Herzen, sondern auch volle und ganze deutsche Mitbürger haben, daß sie auch Augen haben über das kleine Preußen, auf das ganze große Deutschland hinaus, über die kleine, flüchtige Gegenwart in die große, lange Zukunft hinüber zu schauen. Ueber Vieles, was in der Gegenwart zu traurig und zu schändlich ist, schweige ich hier. Dieses Gegenwart hat uns Einen Menschen gegeben, welcher gleich einem Haynau (im Jahr 1814 böhmischer Minister und französischer Hauptstapier für Deutschland), welcher bei der hohen pariser Polizei noch heute als ein deutscher Schelm figt, auf ewig aus den deutschen Grenzen verbannt werden müßte: ich meine den Haspenflug, Haspenflug zugeordnet; sie hat uns das österreichische Kabinet in seiner vollen Schaamlosigkeit, treulosen, un-deutschen, freisinnsmörderischen Wölfe hingestellt; sie hat uns eben durch Oesterreich den Knotenpunkt gezeigt, worum alle fremde Hinterlist eben durch dieses Oesterreichs undeutsche Thätigkeit und Bestissenheit sich zusammengeschlossen hat.

Was meine ich? Sie zeigt uns Schleswig-Holstein als den Knotenpunkt, zu dessen Lösung, ja, Verhauung, jedes

deutsche Herz und Schwert bis auf den Tod gestählt und geschliffen werden muß.

Dieses Völkchen will uns sein ganzes großes Reich, von Friedrich Schlegel während ein persisches Kaiserreich genannt, als eine widerwärtigste, unwillkommene Wohlthat aufbringen, es will uns durch solche unter den Lockenden und täuschenden Schein gezeigte Gabe für die Zukunft unheilvolle und ungerechte Völkerrriege (z. B. gegen die Italiener, die Polen u. s. w.) aufbringen, will uns mit einem vielartigen Gemisch fremder und barbarischer Völkertumpe mengen, und nicht nur unser übriges reines Blut, sondern zugleich jegliche reine und würdige Stellung und Entwicklung deutscher Selbstständigkeit und rechtschaffener Freiheit auf immer hemmen und verderben. Indem es dieses will und anstrebt, will es mit schlauester, berechneter Hinterlist dem ganzen Deutschland und vor Allem dem ihm verhassten Preußen den Strick für die künftige Abwürgung um den Hals legen, und Deutschland für immer in den Sack der Nichtigkeit und Abhängigkeit von den Fremden stecken. Das ist der innere Sinn, mit welchem es die londoner Protokolle mitgeschaffen, mitunterzeichnet hat; das ist der Sinn, mit welchem es jetzt die Eintreibung und Eingewingung von Schleswig-Holstein in die so genannte dänische Monarchie unauf löslich und für alle Zeiten vollbringen will.

Dies, diese größte Frage und größte Gefahr des Augenblicks, vor welcher alle anderen Fragen wie Kleinigkeiten verschwinden — dies, Ihre lieben und ehrenwerthen Reichstagsmänner in Berlin, stellt Euch ganz und voll vor Eure Augen und Herzen — hört, schaut, beachtet und wägt es zehnmal und hundertmal, um ganz die Gefahren zu begreifen, welche solche Schändlichkeit, solches Hinwerfen der schönsten und wichtigsten deutschen Lande für Deutschlands Zukunft haben würde. Ja, hört, schaut und wägt diesen mächtigsten Knotenpunkt der Gegenwart in seiner ganzen vollen Bedeutung, und fragt Euch dann, ob, wenn mit Macht und Festigkeit um den Krieg einmal nicht herum zu kommen wäre, ob diese Gefahren nicht zehn, ja, vierzig große Schlachten werth sind.

Ich bitte, erwäge weiter, wenn Ihre wahre deutsche und preussische Volkstreue heißen sollte: Desterreich, daselbe Desterreich, welches wir deutschmörderische Anschläge anlagten müssen, das für sein adriatisches Meer, für seine Meeresschlüssel Cattaro und Venedig tapferst im Felde gekämpft; wollen wir für unsere beiden letzten freien Ströme, für die Elbe und die Weser (benn Weichsel, Pregele und Oder werden vom Sund beherrscht, und den Rhein befreit uns bis diesen Tag das kleine Holland), nicht mit allen deutschen Herzen und Schwertern einstecken? ja, müssen wir dafür nicht bis auf den letzten deutschen Athem einstecken und kämpfen?

Diese Worte und Winke sind genug, sind vielleicht vermessen, da ich zu Männern rede und spreche, welche wohl mehr alte Weisheit und jungen Muth haben, als Unsereiner, welche wissen, daß für die beste und größte deutsche Sache und für die besten tapfersten Vorkämpfer dieser Sache, wenn wir sie eheulich und würdig fassen und halten wollen, bald eine halbe Million edelster deutscher Krieger vollgerüstet dastehen.

Donn, 27. des Sturmmonds 1850. E. M. Arndt.

Deutschland.

Frankfurt, 29. Nov. [Tagesneuigkeiten.] So eben verbreitet sich das Gerücht, daß den Bundesstruppen der Befehl zugegangen sei, nimmere nach Kassel zu marschiren.

(D. N. M. 3.) Vorgestern und gestern brachte uns die Main-Neckar-Eisenbahn abermals aus dem Großherzogthum Baden zurückkehrende preussische Truppenabtheilungen, welche sofort auf der Taunusbahn weiter in das Nassau'sche befördert wurden. — Die seither mehr oder minder blutigen Straßenkämpfe zwischen Bayern und Preußen schienen nunmehr ihr Ende erreicht zu haben; wenigstens fielen gestern beide belagerten werthe Auftritte nicht vor. — Die seit Kurzem fertig gewordene Strecke der Main-Neckar-Bahn von Friedberg bis Würzburg wird am 1. Dezember dem Gebrauche des Publikums übergeben.

**** Kassel, 29. Novbr.** [Tagesbericht.] Dem Ober-Bürgermeister ist durch die Bezirksdirektion ein Beschluß des Ministeriums des Innern zugegangen, wonach derselbe angesäumt berichten soll, welcher Schaden durch die 1. preussischen Truppen an Staats-, Staats- oder Privatguthum verübt worden, resp. denselben in Geldwerth veranschlagen zu lassen, um danach der Krone Preußen die Rechnung wegen Entschädigung machen zu können. Hieraus kann man entnehmen, wie besorgt Hassenspflicht und Konfession für das Wohl des Staates und seiner Angehörigen sind. Da der Beschluß an alle Gemeindebehörden des Landes gerichtet ist, so wird schon eine schöne Summe herauskommen. Im hiesigen Stadtrathe stellte man die Vermuthung auf, daß ein Schreibfehler mitunterlaufe und wahrscheinlich statt „preussische Truppen“ wohl „bayerische Truppen“ heißen solle. Wir glauben, daß von hier aus wenigstens dem preussischen Volke aus einer solchen Hassenspflichten Liquidation nicht eine kleine griechische Kalamität erwachsen wird.

Fulda, 29. Novbr. [Aus dem bayerischen Lager.] Die Kürassiere sind, wie ich gestern meldete, heute Morgen nebst General Grotow nach Würzburg zurückgegangen. Statt deren sind Oberaufseher hier eingerückt, die ebenfalls zurückgegangen; und sagt man, daß sämtliche bayerische Artillerie morgen zurückkehre. Das würde denn allerdings auf eine Entscheidung deuten, die für die hiesige Sache von Bedeutung wäre. Heute Morgen wurde für die hier liegenden Bataillone Generalmarsch geschlagen; dieselben zogen aus auf die umliegenden Dörfer und von dorther traf neues Militär wieder hier ein.

(D. N. 3.) Nach öffentlichen Blättern wurde der anhaltende Kanonendonner von der Höhe her am 28. Nov. auch in andern Gegenden gehört. Noch hat man keine bestimmten Nachrichten, ob das Schießen nur dem Geburtstage des Königs von Bayern galt.

Hannau, 28. Novbr. [Friedliche Lösung.] Diesen Abend verbreitete sich hier das erfreuliche Gerücht, unsere Wirtin seien auf dem Wege einer friedlichen, friedlichen Lösung. Es soll ein im Rathe des Königs von Preußen hoch angesehener Mann in Wilhelmshafen angekommen sein, um gemeinsam mit unserer Regierung die Mittel und Wege zu berathen, die Autorität des Kurfürsten im ganzen Lande wiederherzustellen, und die preussischen Truppen, ohne der Ehre Preußens irgendwie nahe zu treten, baldigst völlig aus dem Kurstaate zurück zu ziehen. Ferner spricht man von einer nahen Wiedererneuerung unserer Verabredungen und der alsdann erfolgenden Rückkehr unserer Fürsten nach Kassel.

Aus Hannau und Fulda erfährt man die abschließenden Dinge. Die Bayern in Hannau suchen das Betragen ihrer Meister, der Desterreicher, in Italien und Ungarn durch raffinierte Brutalität zu überbieten. Dem Vernehmen nach ist aus Veranlassung des durch seine Schandthaten verhassten Herrn von Haynau, welcher ausgepfiffen ward, verordnet worden, daß jeder bayerische Soldat, gleichviel ob im Dienst oder außer demselben, gehalten sein solle, jeden „Unfug-Verbrecher“ auf die Wache zu bringen und ihm dort 50 Stockprügel auszulassen zu lassen. Falls ihm der Arrest jedoch härtere Strafe verdient zu haben scheint, soll er ihn förmlich anzeigen und zur weiteren Verstrafung abliefern. So lautet ein bayerischer Tagesbefehl, wie uns aus guter Quelle zugeht.

München, 28. Novbr. [Friedliche und kriegerische Nachrichten.] Gestern während der Aufführung des „Propheten“ im königl. Hoftheater, wobei das Haus als am

Vorabend des 40sten Geburtstages des Königs festlich beleuchtet war, wurde durch einen dienstthuenden Kammerherrn der König sowohl als auch der Feldmarschall Prinz Karl und Minister v. d. Pfordten aus ihren Logen gerufen und begaben sich dieselben hierauf in die Residenz, ohne wieder zur Vorstellung zurückzukehren. Die Ursache hierzu lag in einer aus Wien eingetroffenen telegraphischen Depesche, welche, der Sage nach, eine friedliche Ausgleichung erwarten läßt. Die Anordnungen des gesammten Staatsministeriums lassen jedoch auf das Gegentheil schließen. So hat dasselbe in der heutigen Sitzung beschlossen, daß eine Nachrekrutierung der Altersklasse 1828 stattfinden soll. Diese und die Aushebung der Altersklasse 1829 würden demnach noch im nächsten Monat stattfinden, während eventuell beschloffen wurde, daß die Altersklasse 1829 im ersten Monat des nächsten Jahres ausgehoben werden soll. — Das in Ingolstadt garnisonirte Geniebataillon hat sich zur Armee zu begeben. — Prinz Luitpold ist heute dahin abgegangen. — Die Abreise des Prinzen Karl, Feldmarschalls der Armee, findet morgen statt. — Der vielen Truppentransporte wegen sind auf sämtlichen bayerischen Eisenbahnen die Güterzüge eingestellt worden. — Der englische Kapitän Webster ist mit Regierungsdesschen von London hier angekommen und hat sich nach Wien begeben. — Der immobile Truppentheil des 1. Armeekorps hat nun die Benennung „Armeekorps München“ erhalten und hat das Kommando hierüber Prinz Eduard von Sachsen-Altenburg übernommen. — Der „Volksbote“ hegt fortwährend auf die frechste Weise gegen Preußen auf.

Karlsruhe, 27. Nov. [Die deutsche Kolonne wird wieder getragen.] Die Mannschäft des in Mannheim liegenden 20. preussischen Füsilier-Bataillons trägt an den Dienstmägen ganz neue deutsche Kolonnen. (Schw. M.)

Hannover, 29. Nov. Der Niederf. Jtg. zufolge befindet sich der Agent der Statthaltertschaft, Herr v. Schlieben, wieder hier.

Schleswig-Holsteinische Angelegenheiten.

Kiel, 30. Nov. Abgleich die sog. Bundesresolution etwas in die Ferne gerückt zu sein scheint, so fährt man hier doch noch immer fort, seine Verteidigungsmaßregeln zu treffen. Dieselben haben natürlich ihren Brennpunkt in und um Rendsburg. Wenn die Nordseite dieser Festung bereits längst bis auf einige Stunden weit auf's Geringste mit Schanzen und Blockhäusern versehen ist, so werden jetzt ähnliche Arbeiten weit über den Festungsgraben hinaus südlich angelegt. Die Exerzierationen nach dieser Seite hin reichen bereits bis Netdorf oder bis 3 Stunden von Rendsburg. 14 Schanzen und mehrere Blockhäuser im großartigsten Styl umgeben jetzt die Festung. Daß sich die Bewohner Rendsburgs auf 3 Monate verproviantiren und die erheblichen Familienmitglieder entfernen sollen, ist nun schon zwei Sonntage hindurch in den Kirchen von der Kanzel herunter verlesen worden. Diese Maßregeln gelten natürlich bloß dem etwaigen südlichen Feinde, denn der nördliche hat jetzt eher von uns einen Angriff zu befürchten, als wir von ihm. Unsere Wasser haben sich bereits mit Eis überdeckt und wenn auch dieselben noch nicht, am allerwenigsten mit Kanonen, zu paffiren sind, so sind doch jetzt von der Landseite Kriegsoperationen möglich geworden. Wir können ihnen daher mittheilen, daß Sie baldigst von unserm Plane wohl unterrichtet zu sein, oder ihn doch zu ahnen, denn sie haben ihre Hauptkräfte nicht nur noch am Rande und Schleswig zusammengezogen, sondern sie haben auch schon fast 800 Wagen zur Flucht bereit stehen. Da ihnen von dem Eiderförder Hafen aus keine Hilfe mehr werden kann, so ist jetzt angeordnete Expedition für uns viel leichter, als sie es im August war. Der Feind weiß dies, und er soll durch einen Paralamantair unserm General-Kommando haben sagen lassen, daß er, sobald wir den Ueberzug über Wismunde forcierten und auf Schleswig losmarschiren, er diese Stadt über den Haufen schießen werde, falls sie für ihn nicht sollte zu halten sein. Friedrichsberg, den ersten Stadtheil Schleswigs hat er mit 5000 Mann besetzen lassen, nachdem er sämtliche Wirtshäuser aus demselben vertrieben; 100 Dänen liegen oft in einem kleinen Hause. Das Schloß Gottorf und das Palais des Prinzen, welche bisher Hospitäl waren, hat er zu Kasernen umwandeln und die betreffenden Kranken nach Paderborn bringen lassen. In Schleswiger Lokalbältern liest man daher viele Fuhrenrequisitionen zum nördlichen Transporte der Kranken. Dies Alles fest der vorstehende Däne natürlich bloß mit Hinblick auf die bevorstehenden Ereignisse ins Werk.

[Ein Soldat über Schleswig-Holstein und Kurhessen.] Ein Schleswig-Holsteiner Offizier schickte der Wefeler Zeitung folgenden Brief, in welchem ein Soldat seines Bataillons sich über den Kampf in Schleswig-Holstein und Kurhessen ausdrückt. Andere Leser werden sich an dem gefunden politischen Urtheil, an der vom Herzen kommenden Sprache in diesem Briefe eines gewöhnlichen Soldaten erfreuen. Der Schreiber des Briefes, ehemals Unteroffizier in Bayern, schreibt an seinen Schwager, Wachmeister in bayerischen Diensten, der augenblicklich bei den „Bundesstruppen“ in Kurhessen steht.

Cantonement Habye, 17. Nov. Wir liegen noch immer im Schleswigischen, hart vor den bayerischen Verschanzungen und führen — kleine Patrouillen-Gesichte und Vorposten-Neckereien ausgenommen — ein faulendes Leben. Zwar fehlt es nicht an dem vordien erwähnten Gefechten, — und eben jetzt in diesem Augenblicke haben wir Vereisung und müssen auf das erste Zeichen, das der Himmst gibt, ausrücken; es schallt starkes Gewehrfeuer von der Seite Beckendorfs zu uns herüber, wo sie Raack an einander zu sein scheinen. — Indessen hat dieses nicht viel zu bedeuten; wenn wir dem Herrn Dänen scharf und anhaltend zu Leibe gehen, so macht er sich allemal eilig hinter seine Verschanzungen zurück, die ihm aber, so Gott will, sobald es stark gefehrt, wenig mehr helfen sollen, indem wir dann die Treue und Schlei paffiren können.

Was uns am meisten freut, ist, daß die Desterreicher uns zu entrastren kommen wollen; es ist dieses zu puzig und possidlich, nur möchte es sie diesen Winter — besonders wenn es Italiener sind — vor den Wällen Rendsburgs etwas stark an die Finger fieren. Wir bedauern ausdrücklich, daß nicht Ihr (die Bayern) in diesem ehrenvollen Auftrage auserschen seid; wir würden Euch dann die Gräber Eurer gefallenen bayerischen Kameraden zeigen, die voriges Jahr in diesem Kampfe durch die Dänen fielen, und Ihr könntet dann dort Eure Andacht für die Ruhe der abgeschiedenen Seelen derselben verrichten. Ich zweifle keinen Augenblick daran, daß sich in der bayerischen Armee Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten finden würden, die dieses Geschäft mit Freuden ausführen, denn ich kenne ja ihre Frömmigkeit. — Ihr seid jetzt leider verhindert, diesen rühmlichen Zweck auszuführen, indem Ihr die die Aufgabe zu lösen habt, einem deutschen Völkchen — das die Unverschämtheit hat, sich nicht von einem — regieren lassen zu wollen — diesen mit militärischer Gewalt aufzujungeln. — (Der folgen einige von edel soldatlicher Verheißung distirte Ausbrüche des Hums über Ehren-Hoffensflug.)

Wenn Du eine Parallele zwischen uns und Euch ziehst, treibst Dir die Scham nicht alles Blut in das Gesicht? — Ich weiß, Du bist gut wie Du, daß Du und Deinesgleichen an dieser Schwach-

tigkeit nicht schuld und daß Ihr die letzten seid, die dagegen protestiren können! Dieser Vorwurf trifft Andere, die höher als Ihr gestellt seid; Ihr müßt Debre pariren!

Aber schaden kann das Ziehen einer solchen Parallele auch nichts. Für was sehten wir und für was seid ihr zu sehten bereit? — Wie sehten für die von einem deutschen Reichsfeinde angegriffenen und theilweise unterdrückten Rechte eines Völkch; wir sehten gegen einen regulirten, uns an Zahl überlegen, geübten und listigen Feind!

Gegen wen und für was sollt Ihr sehten? Gegen ein wehrloses Volk, das sich nichts zu schulden kommen ließ, als daß es die Befehle der — von seinem Kurfürsten eingesetzten — Behörden vollzog, das unerschütterlich treu und fest an seiner beschworenen, von dem Kurfürsten und seinen Ministern schmählich gebrochenen Verfassung hielt, das sich nicht einen Rechtsbruch zu Schulden kommen ließ; Ihr seid gekommen, um eine Armee zu entwerfen, die treu und fest an ihrem geschworenen Eide hielt und die weder Drohungen noch Versprechungen bewegen konnten, ihren Eid zu brechen und ihre Waffen gegen ihr schuldloses, arg gemißhandeltes Volk zu kehren; Ihr seid gekommen, einen Kurfürsten — der an seinem Volke und Lande, an seiner Armee und an der Verfassung meißelnd geworden — nicht wieder einzusetzen, o nein! er war nie vertrieben, sondern denselben in allem dem, was er — auf heillosen Rath — noch ferner Rechtswidriges unternehmen will, zu unterstützen; Ihr seid gekommen: nicht um Recht und Gerechtigkeit zu erhalten und denselben Achtung zu verschaffen; o nein! beides wurde von dem Volke und dessen Behörden nie verletzt; Ihr seid vielmehr gekommen, beides zu verletzen und zu brechen, und jene, die es mit Füßen treten, zu schänden. Ihr seid ferner gekommen, einen der schlechtesten Menschen, die je in Deutschland gelebt haben, an das Staatsruder zu stellen, resp. an denselben zu erhalten; Ihr seid endlich gekommen, nöthigenfalls für den Meißel und all die Schleichthäten, die derselbe konsequenter Weise im Gefolge hat, zu sehten.

Lieber Schwager! ich überreibe nicht; nicht eine Sylbe nehme ich davon zurück; mich verleidet in dieser Sache keine Leidenschaft und ich sehe daher ziemlich hell und ungetrüb.

Nun scheidet wie beide sind Soldaten, beide liegen wir im Felde und müssen stündlich bereit sein, unser Leben und geraden Glanz in die Schanze zu schlagen; dies ist die Nothwendigkeit unseres Standes und Berufes; wie himmelweit verschieden ist aber der Zweck, für den wir dieses thun! — Ich beneide Euch aber wahrlich nicht; wenn wir auch mit Lumpen bescheidet wären, Ihr aber in goldgestickten Uniformen einherföhrtet — was aber beiderfalls nicht der Fall ist — so würde ich meine Lumpen doch nicht mit Eurer Uniform vertauschen, denn es unterliegt keinem Zweifel, auf welcher Seite die Ehre ist.

Wenn Ihr in einem solchen Kampfe nicht siegt, so darf Euch das nicht wundern, denn die Sache ist eine zu schlechte; solltet Ihr aber wieder alles Erwarten doch siegen, so ist es noch schlimmer; Ihr erntet dann die Verwünschungen und Flüche eines braven, schußfähigen, durch Euch gemißhandelten Volkes, was Euch gewiß keinen Segen bringen wird.

Ehre könnt Ihr in dieser Sache keine verdienen, und wenn Ihr all die glänzenden Wappenthiere des Alterthums und der Neuzeit verdunkeln würdet; denn es ist ein trauriger Ruhm, wenn man sagen muß:

„Sie sehten mit einer Tapferkeit, die einer bessern Sache würdig gewesen wäre!“
Tapfer kann auch ein Räuber sein!

Oesterreich.

N. B. Wien, 1. Dezbr. [Tagesbericht.] FML. Fürst v. Schwarzenberg wurde seiner Stelle als Statthalter der Lombardie entbunden und zum Kommandanten des 7. FML. Edmund Fürst v. Schwarzenberg zum Kommandanten des 14. Armeekorps ernannt. — Unter der Presse befindet sich eine Schrift, welche den Einfluß des Hrn. v. Radomsky auf die deutschen Verhältnisse, dann die Stellung Preußens zur deutschen Frage beleuchtet. Man sieht der Verfassung dieser Schrift mit großem Interesse entgegen, da man sie dem Grafen v. Fiquelmont zuschreibt. — Ein vom Kaiser an die Truppen erlassener Armeebefehl handelt von der Ausübung des Disziplinar-Strafbefugnisses in Kriegzeiten durch die Armeekorps-Kommandanten, Divisionäre und Brigadiere. Sobald die Arme auf Kriegsfuß gesetzt wird, üben diese Generale in ihrem Dienstbereich gleich den kommandirenden Generalen die den Regiments-Kommandanten obnehin reglementsmäßig zustehende Disziplinar-Strafbefugnis in jenen Fällen aus, wo die Bestrafung binnen 24 Stunden erfolgen kann. Nach Verlauf dieses Zeitraumes wird der Beschuldigte seiner Jurisdiktion übergeben. Wenn von Individuen mehrerer Truppentheile gemeinschaftlich ein Disziplinarvergehen verübt wird, so gebührt ausschließlich dem höchsten Befehlshaber die Bestrafung. Bei einseitiger Desertion oder Plünderung können detachirte Divisionäre und Brigadiere das Standrecht selbstständig publiziren. — Ostd. Post und Wanderer besprechen die neue Theaterordnung. Eine Reihe der kostbarsten Kleinodien würden von der theatralischen Aufführung verbannt und abgeschnitten werden. Die Strenge dieses Gesetzes sei aber so groß, daß es unmöglich ohne Modifikation bleiben kann, da einige Paragraphe das Theater eigentlich unmöglich machen. — Sehr regt die Diskussion über die Währungsfrage, welche bereits eifrig zu werden beginnt. Nicht mehr den Judenmilchern und Apporteurs wird die Kalamität aufgebürdet, sondern man steigt in höhere, und sogar in die höchsten Regionen; der Finanzminister vorzüglich ist dem Anprall ausgesetzt, der sich von allen Seiten ankündigt. Die Maatadore der Börse, der Bankiers und der Handelswelt haben sich bereits, da es nur Einigen möglich ist, dahin ausgesprochen, daß wenn es bei dieser Ordnung verbleibt, jeder Geldverkehr mit dem Auslande (die Staatspapiere sind Geld, und die Kolonialwaaren sind auch Geld) aufhören muß und wird. Wenn der Aufseher, Londoner, Frankfurter, Hamburger und Berliner Kaufmann nicht jederzeit und beliebig in seinem Besitz befindlichen österr. Pabats- und Staatspapieren verfügen kann, so ist sein Verkehr gehemmt, und er muß nach andern Verbindungen greifen, die keine solche Ketten anlegen. Da Desterreichs Handel ein passiver ist, so kann es keine Gesetze des Handels dem Auslande vorgeben. — Der Dr. Finanzminister selbst soll bereits eine Modifikation der Börsenordnung zugesagt haben. Der Eindruck, den dieses unausführbare Gesetz auf Holland, wo die meisten österr. Metallgelder sind, machte, ist noch nicht bekannt, man fürchtet aber ein Abschneiden des Geschäftes, und sonach die Unmöglichkeit, wieder einmal den Kredit dieses reichen Landes in Anspruch nehmen zu können. — Die Opposition des Lloyd dagegen erklärt sich aus dieser nun ausfallenden Stimmung.

Italien.

Livorno, 22. Novbr. Die Transporte der Schweizer Rekruten sind insofern bisher beordert und werden wöchentlich 2 bis 3 Mal auf neapolitanischen Dampfschiffen eingeschifft. In Neapel angelangt, werden sie unverzüglich eingekleidet, ausgerüstet und theils nach Sicilien, theils nach Kalabrien eingeschifft.

Rom, 24. November. Der Aufzug der Fremden dauert unaufhörlich fort. Man verpachtet sich heuer einen überaus glänzenden Karneval.

Bologna, 22. November. Vor einigen Tagen wurden hier 3 Mitglieder der allgemein gefürchteten Bande des Passatore erschossen.

Frankreich.

Paris, 28. Nov. [Tagesbericht.] Es bestätigt sich, daß fast die ganze Linke für die Proposition Creton (Rückberufung der Bourbonnen) stimmen wird. Die Proposition erlangt dadurch sehr ernsthafte Chancen, da sie auch von dem tiersparti und einer großen Fraktion der orleanistischen Partei patront wird. Man ist daher auch im Eusse und im legitimistischen Lager nicht wenig beunruhigt, und es werden große Anstrengungen gemacht, den Antrag auf drei Monate zu vertagen. Die Herren Thiers, Broglie, Dupin und mehrere andere hervorragende Mitglieder der orleanistischen Partei machen in diesem Punkte gemeinschaftliche Sache mit den Legitimisten und Bonapartisten, ohne jedoch die Hauptmasse der Partei für ihre Ansicht gewinnen zu können.

Die Pressefreiheit ist bei der National-Versammlung nicht beliebt, das ist kein Geheimniß mehr, und die Versammlung läßt in der That keinerlei Gelegenheit vorbeigehen, ihre Antipathie gegen die Presse zu manifestiren. So debattirte sie heute einen Antrag Pascal Duprat's, welcher dahin gling, jener Willkür ein Ende zu machen, mit welcher der Polizeipräsident von Paris nur den Regierungs-Journalen gestattet, in den Läden verkauft zu werden; Oppositionsblätter, so gemäßig sie auch sein mögen, dürfen einzeln gar nicht verkauft werden. — Herr Duprat beantragte mit Recht, daß entweder sämtliche Journale frei verkauft werden dürfen, so lange sie keinen Artikel enthalten, der zu einer gerichtlichen Verfolgung Veranlassung giebt, oder daß das Verkaufs-Verbot ein allgemeines sei. In diesem Antrage liegt ein Prinzip der Gerechtigkeit. Allein die National-Versammlung scheint der Ansicht zu sein, daß für die Presse kein gemeinsames Recht vorhanden sei, und sie verwarf die Proposition Duprat mit 379 gegen 267 Stimmen. — Es ist traurig, daß die gemäßigte Partei durch dergleichen Entscheidungen die konservativen Prinzipien zu retten glaubt.

Die Municipalität von Paris wird dem Präsidenten der Republik am 10. Dezember ein großes Fest im Stadthause geben.

Das „Pariser Bulletin“ scheint sich zum offiziellen Moniteur der Gräfin Landfeldt hergeben zu haben. In folgenden Ausdrücken predigt das „Bulletin“ heute das baldige Erscheinen der Memoiren der berühmtesten Längerin: „Die Gräfin Landfeldt (v. La Motte) wird im Laufe des Monats Dezember ihre Memoiren erscheinen lassen, die in 4 Bänden bestehen. Diese Memoiren, welche von der geistigen Feder eines Mannes herrühren, der in der Diplomatie unter der letzten Monarchie eine bedeutende Rolle gespielt hat, werden die öffentliche Neugierde in hohem Grade anregen. Das Werk wird gleichzeitig in französischer, englischer und deutscher Sprache erscheinen. Die zwei Bände über den bayerischen Hof werden die dramatische Erzählung der politischen Ereignisse in München enthalten, die vertraulichen Urtheile des Königs von Bayern über alle Souveraine von Europa, über die politischen Notabilitäten der Gegenwart, wie auch die Korrespondenz und die nicht herausgegebenen Dichtungen des Königs.“

Großbritannien.

London, 28. Nov. Radomsky ist heute nach Windsor zur Tafel bei der Königin eingeladen.

In Birkhead fanden gestern tumultuarische Auftritte statt. Einige tausend irische Arbeiter wollten ein von den dortigen Protestanten veranstaltetes Meeting gewaltsam verhindern; die Polizei wurde von ihnen zurückgetrieben und gemißhandelt, sobald indeß ein katholischer Geistlicher sie zur Ruhe ermahnte, warfen sie ihre Prügel fort und zogen sich still zurück. — Die Adressen und Meetings zum Protest gegen die päpstliche Bulle dauern fort, indeß scheint die Agitation sich mehr in die kirchlichen Kreise zurückzuziehen. PUNCH scherzt: Ein guter Protestant entsetzt neuerlich seinen Diener, weil er — eine römische Nase hatte.

Provincial-Beitrag.

Breslau, 2. Dezbr. Unsere Börse hat heute ein ziemlich freundliches Gesicht gemacht und besonders oberflächliche Eisenbahn-Aktionen zu höheren Coursen gern gesehen. Die Börse glaubt also an Frieden. In Frieden aber kann Niemand denken, ohne damit die Demobilisirung der Arme in Verbindung zu bringen. So gewiß wir also das eine mit dem andern, und zwar, wenn wir den hoffnungsvollen Friedensartikel der ministeriellen Presse glauben dürfen, schon in aller nächster Zeit erwarten dürfen, so gewiß war bis zur heutigen Borsenzeit noch keine authentische Meldung in Betreff der Demobilisirung oder auch nur des Stillens der weiteren Mobilisirung hier eingegangen. Im Gegentheil wird die letztere in immer größerer Ausdehnung fortgesetzt und nicht nur die Landwehr durch neue Einberufungen, sondern auch die Linie durch Nachstellungs-Drbes vermehrt. Dies sind Thatfachen, nicht Borsengerichte oder fromme Wünsche leichtgläubiger Personen. — Erwarten wir also erst die Bestätigung des, wie gleichfalls die ministerielle Presse meint, „ehrenvollen“ Friedensabschlusses, die Demobilisirung muß ja dann unmittelbar folgen.

Breslau, 2. Dezember. [Truppenmärsche.] Am vorigen Sonnabend rückten 2 Kompagnien des 6. Jäger-Bataillons von hier aus. Gestern früh verließ uns ein Musketier-Bataillon des 11. Infanterie-Reg., welches am Donnerstage von Kofel hierher zurückgekehrt war. Heute Morgen folgte demselben das 1. Kürassier-Reg., an dessen Stelle demnach ein Landwehr-Mann-Reg. in unsere Stadt einrücken soll. — Der Kürassier-Offizier v. d. Marwitz führte vorigen Sonnabend bei einem Uebergriff auf der Wichweide, was eine erhebliche Verletzung am Oberschenkel zur Folge hatte.

**** Breslau, 2. Dezbr.** [Enthaltung des Glasbildes.] Als der schöne volle Klang der Thürmlocken der hiesigen evangelischen Haupt- und Pfarrkirche von St. Maria Magdalena am Sonntag-Morgen nach 8 Uhr die Andächtigen in dieses alterthümliche, in seinem Innern nun vollständig restaurirte Gotteshaus rief, leuchtete bereits von jeder bergenden Höhe herab, den Eintretenden die herrliche Bieder entgegen, welche unser König einst bei einem Besuche gedachter Kirche, dem ihm geleitenden, jetzt schon verstorbenen Konsistorialrath Fischer für das hohe Alter seiner derselben verheißten, und seines Verprechens treulich eingedenk, zu Anfang des Sommers in dem imposanten Glasbilde gewährt hatte, das nun seit Monaten seiner Aufstellung und Enthüllung entgegenwartete. Die schlagendste Kritik über dieses acht königliche, hoch dankenswerthe Geschenk lag in den von der freudigen Ueberraschung stachler verklärten Zügen aller Beschauenden, in der theilnahmenvollen Aufmerksamkeit, mit der sich ihre Blicke immer tiefer in das Kunstwerk vertiefen, in der Anziehungskraft, welche ihre Augen unwillkürlich immer wieder nach jener Stelle hinlenkte, wo bisher ein laßender bestaubter Vorhang deren Weg gehemmt und das mächtige Fenster mit seinen matten Scheiben nur noch tiefer umdüstert hatte. Ueber und hinter dem Altare erhob sich gegenwärtig in blendender Farbenpracht das Kunstwerk, dessen grandiosen Rahmen gewissermaßen die Stöße dieser gothischen Kirche bildet. Gegenstand des eigentlichen Gemäldes ist die Scene, welche der Evangelist Johannes im 20. Kapitel vom 1ten Verse an (nach Luthers Uebersetzung) mit folgenden Worten schildert: Maria (von Magdala) aber stand vor dem Grabe

